Fracking verbieten, Klima schützen, Energiewende voranbringen

Berlin, den 22. September 2015

Sehr geehrter Herr Kauder,
sehr geehrter Herr Oppermann,
sehr geehrter Herr Dr. Fuchs,
sehr geehrter Herr Dr. Nüßlein,
sehr geehrte Frau Vogt,
sehr geehrter Herr Heil,

die Verhandlungen über das Fracking-Regelungspaket, die vor der Sommerpause aufgrund von unüberbrückbaren Differenzen zwischen CDU/CSU und SPD auf Eis gelegt worden sind, sollen wieder aufgenommen werden.

Wir als Vertreter aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wie Kirche, Gewerkschaft, Umweltschutz und Entwicklungspolitik, möchten Sie an dieser Stelle an die Gefahren des Fracking für die Natur, das Klima und die menschliche Gesundheit erinnern. Fracking und die Verpressung von Lagerstättenwasser können zur Verunreinigung von Boden, Trink- und Grundwasser führen; Fracking verursacht zudem einen enormen Wasser- und Flächenverbrauch. Das vorgeschlagene Rechtsänderungspaket enthält keinen ausreichenden Schutz vor diesen und anderen Gefahren des Fracking und des Umgangs mit Lagerstättenwasser.

Die Verabschiedung des Fracking-Gesetzespakets würde das Zeitalter der klimaschädlichen fossilen Energien künstlich verlängern und hohe finanzielle und ökologische Kosten für die Allgemeinheit verursachen. Mittlerweile haben ungefähr 2.500 Städte und Gemeinden in Deutschland Resolutionen gegen Fracking verabschiedet und bezeichnen sich als „frackingfrei“. Kirchen, Wasserversorger, Umweltschutz- und Entwicklungsorganisationen, Bürgerinitiativen, Gewerkschaften sowie VertreterInnen der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie haben sich in den vergangenen Monaten kritisch zu dem vorliegenden Gesetzespaket geäußert. Der Trinkwasserversorgung ist immer Vorrang vor der Rohstoffgewinnung zu gewähren. Allein die Öl- und Gasindustrie begrüßt das Regelwerk.

Anders als von den Unternehmen der Erdöl- und Erdgasgewinnung behauptet, würde der Einsatz von Fracking in Deutschland keinen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten oder die Energiepreise senken – dazu sind die vermuteten Vorkommen, die in Deutschland mithilfe von Fracking gewonnen werden könnten, zu klein. Die Erfahrung in anderen Ländern zeigt zudem, dass die Schätzungen der gewinnbaren Mengen im Verlauf der Erprobungsphase in der Regel nach unten korrigiert werden müssen.

Eine Ausweitung von Fracking in Deutschland würde angesichts dieser eher marginalen industriewirtschaftlichen Bedeutung arbeitsmarktpolitisch keine spürbaren positiven Wirkungen erwarten lassen, demgegenüber jedoch Arbeitsplätze in Branchen gefährden, die sauberes Trinkwasser produzieren, wie der Wasserwirtschaft, oder die auf sauberes Wasser angewiesen sind. Unter anderem solche in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie.

In seiner kürzlich erschienenen Enzyklika sieht auch Papst Franziskus es als „dringend geboten, politische Programme zu entwickeln, um in den kommenden Jahren den Ausstoß von Kohlendioxid und anderen stark verunreinigenden Gasen drastisch zu reduzieren, zum Beispiel, indem man die Verbrennung von fossilem Kraftstoff ersetzt und Quellen erneuerbarer Energie entwickelt“. Wenn staatliche Forschungsgelder für Probebohrungen bereitgestellt werden, steht die Förderung von Fracking in finanzieller Konkurrenz zur Durchsetzung der Energiewende. Wir fordern Sie daher auf, nicht auf die Verlängerung des fossilen Zeitalters zu setzen, sondern sich für ein Fracking-Verbot einzusetzen und im klimapolitisch wichtigen Jahr 2015 Deutschlands Ruf als Energiewendeland gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Leif Miller
1. Vizepräsident Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.

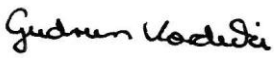
Frank Bsirske
Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Dietmar Schäfers
Stellv. Bundesvorsitzender IG Bauen-Agrar-Umwelt

Claus-Harald Güster
Stellv. Vorsitzender Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Roland Demleitner
Geschäftsführer Private Brauereien Deutschland e.V.

Klaus Seitz
Abteilungsleiter Politik, Brot für die Welt



Gudrun Kordecki
Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der EKD

Hermann Albers
Präsident Bundesverband WindEnergie (BWE) e.V.

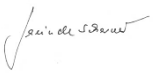
Franziska Buch
Referentin für Energie und Klima, Umweltinstitut München e.V.

Peter Fuchs
Geschäftsführender Vorstand PowerShift e.V.

Christoph Bautz
Geschäftsführer Campact e.V.

Roland Hipp
Kampagnen-Geschäftsführer Greenpeace

Florian Kubitz
Vorstandssprecher ROBIN WOOD



Gerlinde Schermer
Sprecherin Berliner Wassertisch

Geert De Cock
Director EU-Affairs Food & Water Europe

Hans-Josef Fell
Energy Watch Group

Dr. Werner Zittel
Stiftungsvorstand Ludwig-Bölkow-Stiftung

Andy Gheorghiou
Bürgerinitiative Lebenswertes Korbach e.V.

Tim Steindamm
Bürgerinitiative Fracking freies Hessen e.V.

Walter Klingner
Vorstandsmitglied BI Lebensraum Vorpommern e.V.

i.A. Karin Petersen
Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V.

Gilbert Siegler
Hamburger Energietisch

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

Aktionsbündnis No Moor Fracking

Bürgerinitiative frackingfreie Probstei

Bürgerinitiative frackingfreies Auenland	Bürgerinitiative frackingfreies Hamburg
Bürgerinitiative Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe	Bürgerinitiative Intschede
Bürgerinitiative Kein CO2-Endlager Altmark	Bürgerinitiative Kein Fracking in der Heide
Bürgerinitiative kein frack in wf	IG Schönes Lünne
NoFracking Bodensee-Oberschwaven	Umweltgruppe Wiedenthal/Schaumburg